


Deutsche Firmen nutzen ihre Chancen

BRIC-Staaten. Brasilien, Russland, Indien und China werden schon 2015 eine mehr als doppelt so hohe Wirtschaftskraft haben wie die Eurostaaten. Der Konjunkturboom strahlt auch ins Ausland aus, denn die BRIC-Länder kurbeln mit ihren Importen den weltweiten Handel maßgeblich an. Davon profitieren auch die deutschen Industrieunternehmen. 

Aus der Welt der Wirtschaft war zuletzt wenig Gutes zu hören. Vor allem die Entwicklung in den USA sowie einigen Euroländern ist bedenklich – wie auch die jüngsten Börsenturbulenzen gezeigt haben.

Doch andere Länder können durchaus mit positiven ökonomischen Trends aufwarten: Die BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien und China – haben in den vergangenen Jahren ein hohes Tempo hingelegt. So wuchs das reale chinesische Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2000 bis 2010 im Jahresdurchschnitt um 10,5 Prozent und

das indische BIP um 7,5 Prozent, während das weltweite Plus lediglich 3,6 Prozent betrug.

Da die Konjunktur in den BRIC-Staaten weiter brummt, werden sich die Gewichte in der Weltwirtschaft dem Internationalen Währungsfonds zufolge deutlich verschieben:

Bereits 2015 werden auf Brasilien, Russland, Indien und China insgesamt wohl fast 30 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung entfallen – die Euroländer kommen dann nur noch auf knapp 13 Prozent. →

Schwellenländer: Neuer Handelsmotor

So viel Prozent der Zuwächse der weltweiten Warenimporte entfielen auf diese Regionen

	Euroländer	BRIC	USA	Veränderung der weltweiten Warenimporte gegenüber Vorjahr	
				in Milliarden Dollar	in Prozent
2002	25,1	21,0	8,6	259	4,0
2003	35,9	12,9	9,1	1.125	16,7
2004	28,0	12,2	12,9	1.701	21,6
2005	19,6	13,6	16,1	1.287	13,5
2006	27,8	14,3	11,8	1.582	14,6
2007	30,4	15,9	5,3	1.863	15,0
2008	23,1	17,7	6,7	2.220	15,5
2009	–	–	–	-3.802	-23,0
2010	20,8	20,6	13,7	2.658	20,9

BRIC: Brasilien, Russland, Indien, China; Rest zu 100: übrige Regionen; Aufgrund des Einbruchs des weltweiten Warenhandels können für 2009 keine Wachstumsbeiträge berechnet werden; Ursprungsdaten: Vereinte Nationen, Welthandelsorganisation

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 33

Inhalt

Finanzmärkte: Trotz der jüngsten Achterbahnfahrt an den Börsen sollte die Politik besonnen bleiben und die Sparmaßnahmen wirken lassen.
Seite 3

Wohnungsbau: Vor allem in großen Städten ist die Auftragslage in der Bauindustrie wieder ausgesprochen gut. Fern der Zentren ist davon jedoch kaum etwas zu spüren.
Seite 4-5

Bildungsmonitor: Das deutsche Bildungssystem hat sich verbessert. So werden Kinder und Jugendliche stärker gefördert, die Schulabbrecherquoten sinken und die Studentenzahlen steigen.
Seite 6-7

Neue Medien: Digitale Spiele werden immer häufiger im Internet gekauft. Zudem kommt fast kein Spiel mehr ohne Verbindung ins Web aus.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



→ Im Jahr 2002 hatten beide Ländergruppen mit jeweils 20 Prozent noch etwa gleich viel zum globalen BIP beigesteuert.

Von dieser Dynamik profitieren nicht nur die BRIC-Länder selbst. Denn um Produktionskapazitäten aufzubauen und die Konsumwünsche der Bevölkerung zu erfüllen, kaufen die Staaten immer mehr Güter im Ausland ein (Grafik Seite 1):

Von 2002 bis 2010 haben die BRIC-Staaten zwischen 12 und 21 Prozent zum weltweiten Wachstum der Warenimporte beigetragen – und damit zumeist mehr als die USA.

Allein im Jahr 2010 steigerten die vier Länder ihre Einfuhren an industriellen Erzeugnissen um 550 Milliarden Dollar – das Gros dieses Importzuwachses entfiel mit 390 Milliarden Dollar auf China.

Für die Lieferländer eröffnen sich damit Wachstumschancen, können die zusätzlichen Exporte doch die Investitionstätigkeit ankurbeln und für neue Arbeitsplätze sorgen.

Die deutschen Unternehmen haben ihre Möglichkeiten genutzt und

2010 Waren im Wert von 100 Milliarden Euro an die BRIC-Staaten verkauft. Zum Vergleich: Die Ausfuhren in die USA beliefen sich nur auf 66 Milliarden Euro. Damit gingen im vergangenen Jahr 10,5 Prozent der deutschen Exporte in die BRIC-Länder, rund die Hälfte davon ins Reich der Mitte.

Die Bedeutung dieser Handelspartner hat rasant zugenommen:

Während die deutschen Warenexporte von 2005 bis 2010 insgesamt um 21 Prozent stiegen, schossen die Lieferungen nach Brasilien, Russland, Indien und China um 107 Prozent in die Höhe.

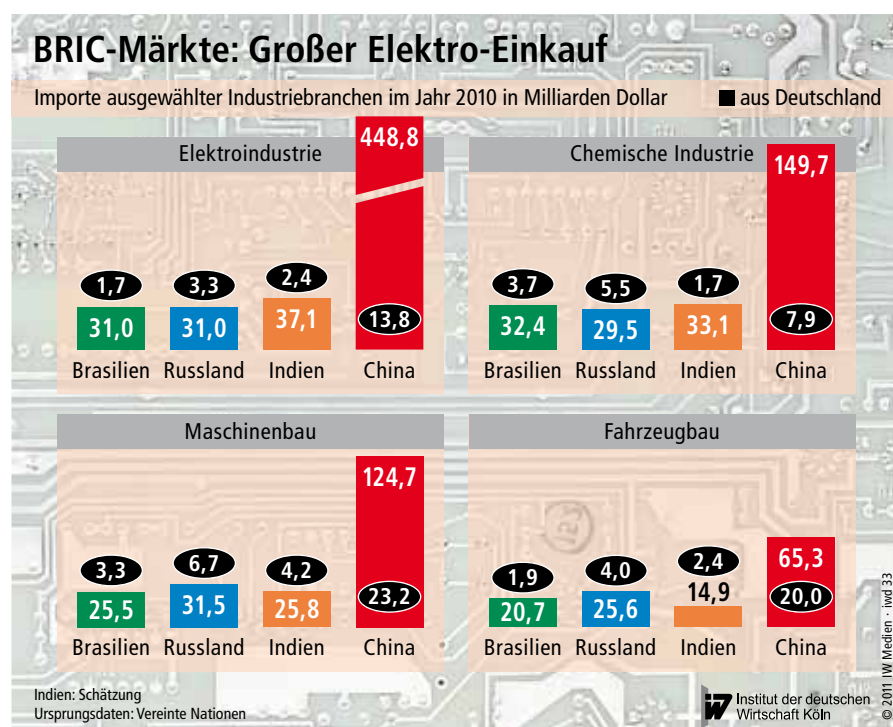
Die deutschen Firmen bieten gerade jene Güter an, die die Schwellenländer für ihr Wachstum benötigen – etwa Maschinen, Fahrzeuge, Elektroerzeugnisse und Chemieprodukte. Aus den entsprechenden Branchen kamen im vergangenen Jahr 83 Prozent aller deutschen Exporte in die BRIC-Staaten.

Damit hat sich die deutsche Industrie in diesen Ländern zum Teil stark positioniert (Grafik):

- **Maschinenbau.** Die deutschen Unternehmen zählen in allen BRIC-Ländern zu den wichtigsten Lieferanten. Im vergangenen Jahr stammten fast 19 Prozent der chinesischen Maschinenimporte aus Deutschland; in Russland betrug der Anteil sogar 21 Prozent. Allerdings nahmen lediglich in China die Importe aus der Bundesrepublik schneller zu als die Gesamteinfuhren. In Brasilien, Russland und Indien profitierten die deutschen Firmen nur unterdurchschnittlich vom Importwachstum im Maschinenbau.

- **Fahrzeugbau.** Die deutschen Fahrzeughersteller haben sich eine beachtliche Marktposition erkämpft. In China waren im Jahr 2000 erst rund 19 Prozent aller importierten Fahrzeuge „made in Germany“. Bis zum Jahr 2010 stieg der Marktanteil deutscher Autos und Autoteile jedoch auf fast 31 Prozent. In Indien kletterte er sogar von 6 auf mehr als 16 Prozent.

Die deutsche Elektroindustrie bekam dagegen zuletzt nur ein recht kleines Stück vom Importkuchen der BRIC-Länder ab – obwohl zum Beispiel Indien seine Einfuhren von Elektrogütern aus Deutschland von 2000 bis 2010 jahresdurchschnittlich um 23 Prozent steigerte. Auch die Chemiebranche konnte in den BRIC-Ländern – außer in Russland – bislang nur relativ kleine Marktanteile erobern. Allerdings wuchsen auch die Chemieimporte der BRIC-Länder aus Deutschland seit dem Jahr 2000 mit zweistelligen Raten.



aus IW-Trends
3/2011

Christof Römer: Marktposition der deutschen Wirtschaft in den BRIC-Staaten
www.iwkoeln.de/trends

Auf alle Fälle besonnen bleiben

Finanzmärkte. Der DAX ist in den vergangenen drei Wochen zeitweise um mehr als 20 Prozent gefallen. Dieser Rückgang ähnelt den Einbrüchen während der Finanzkrise. Trotzdem sollte die Politik besonnen bleiben und die Sparmaßnahmen wirken lassen.

Die Finanzmärkte fahren Achterbahn, die Kreditwürdigkeit der USA ist herabgestuft und die europäische Währungsunion steht unter Beschuss (Grafik). Viele Anleger – private und institutionelle – suchen Sicherheit. Sie wenden sich von den Aktien ab und gehen in Staatsanleihen.

Dieses Verhalten hat die Kurse deutscher Staatspapiere in die Höhe getrieben – und folglich ist die Verzinsung von zehnjährigen Anleihen in den vergangenen drei Wochen um 20 Prozent gefallen.

Selbst amerikanische Staatspapiere sind teurer geworden, obwohl der Streit zwischen Republikanern und Demokraten über die Haushaltssanierung nicht gerade für die Handlungsfähigkeit der USA spricht.

Als sichere Häfen – jedenfalls in den Augen der Anleger – fungieren überdies englische und Schweizer Staatsanleihen.

Die Nervosität der Anleger ist trotz der Hiobsbotschaften nicht ganz verständlich. Denn die Politik ist zuletzt keineswegs untätig geblieben. Die Regierungschefs der EU-Länder haben beschlossen, dass der Europäische Rettungsfonds (EFSF) auf 440 Milliarden Euro erhöht wird. Mit dem Geld darf der EFSF auch staatliche Anleihen von Krisenstaaten kaufen. Das ist für hochverschuldete Länder günstiger, als wenn

DAX auf Achterbahnfahrt



Quelle: Bloomberg

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 33

sie selbst versuchen, auf dem Kapitalmarkt Kredite zu bekommen.

Diese Beschlüsse müssen indes erst noch ratifiziert werden – darauf wollte die Europäische Zentralbank (EZB) aber nicht warten:

Wegen des Anstiegs der Renditen für spanische und insbesondere italienische Anleihen hat die EZB angefangen, Staatsanleihen anzukaufen.

Dieses Ankaufprogramm ist zwar umstritten (Interview). Es hat aber sein unmittelbares Ziel erreicht und die hohen Zinsen, die Italien und Spanien in letzter Zeit für ihre Anleihen zahlen mussten, zumindest vorerst gedreht.

Ein Befreiungsschlag ist das jedoch nicht. Denn die Finanzmärkte bleiben verunsichert – aus zwei Gründen:

1. Die Aktienkurse haben sich nach der schweren Krise im Jahr 2009 zu schnell erholt. Finanzkrisen hinterlassen normalerweise längere Brems Spuren.

2. Die Regierungen der USA und der europäischen Krisenstaaten haben Reformen eingeleitet, die nicht über Nacht wirken.

Wichtig ist aber für Anleger das Signal, dass die Regierungen dauerhaft ihre Schuldenberge abtragen wollen.

+ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview

Finanzmarktexperte Manfred Jäger-Ambrozewicz vom IW Köln

Gibt es Grund zur Panik?

„Zur Panik nein, zur Besorgnis schon. Ich glaube nicht an einen Erdbeben, denn viele Länder sparen wirklich. Die Erfolge dieser Politik wird man aber erst mittelfristig sehen. Wirtschaftshistorisch betrachtet dauert es bis zu 15 Jahre, bis Verschuldungsniveaus gesunken sind.“

Hat sich die EZB beim Ankauf italienischer Anleihen richtig verhalten?

„Eigentlich sollte die EZB keine Staatsanleihen kaufen, denn damit unterstützt sie indirekt die Staatsfinanzierung. Am Ende droht Inflation, weil niemand weiß, ob die Zentralbank in der Lage ist und willens sein wird, die Programme rückabzuwickeln.“

Belebung in den Ballungszentren

Wohnungsbau. Nach einer langen Talfahrt wurden zuletzt wieder mehr Baugenehmigungen erteilt. Vor allem in großen Städten wie Berlin und Hamburg ist die Auftragslage in der Bauindustrie ausgesprochen gut. Fern der Zentren ist davon jedoch kaum etwas zu spüren. 

In den vergangenen Jahren haben sich vielerorts die regionalen Wohnungsmärkte stabilisiert. Weil die Einkommen der Bundesbürger wieder steigen, sind diese bereit, mehr für die eigenen vier Wände auszugeben. Andere wiederum werden überhaupt erst wegen der vergleichsweise niedrigen Zinsen zu Häuslebauern. Das hat zuletzt die Wohnungsmieten und -preise nach oben getrieben:

Allein im Jahr 2010 legten die Wohnungsmieten und -preise in den größeren deutschen Städten um 2 bis 3 Prozent zu.

Das ist zwar im internationalen Vergleich nur ein mäßiger Preisaufschlag. In Deutschland aber ist es der stärkste Anstieg seit 1994.

Weil es sich derzeit lohnt, in Gebäude zu investieren, werden hierzulande auch wieder mehr Immobilien gebaut (Grafik Seite 5).

Wurden zwischen 2007 und 2009 nur rund 150.000 bis 160.000 Baugenehmigungen pro Jahr erteilt, könnten es in diesem Jahr nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) an die 200.000 werden.

Eine wirkliche Trendwende ist das jedoch nicht. Vielmehr zeigt der Blick zurück, dass sich der Bausektor prozyklisch verhält – er leidet besonders stark in der Rezession und floriert besonders im Boom.

Dieser Zusammenhang darf allerdings nicht verallgemeinert werden. Aufgrund der schrumpfenden Bevöl-

kerung etwa in Ostdeutschland profitiert die Bauwirtschaft dort nicht von der momentan günstigen konjunkturellen Lage.

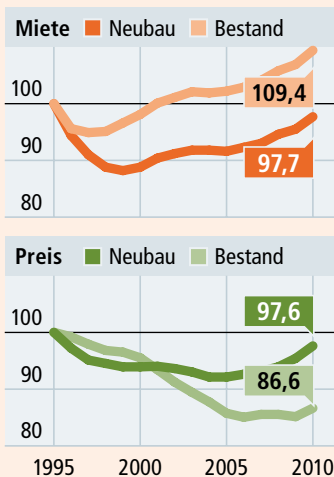
Die Bevölkerungsentwicklung ist ein wichtiger Faktor für die Bautätigkeit – die Entwicklung der Baupreise und Mieten ist ein anderer. So lohnt sich die Grundsteinlegung, wenn die Preise für Altbauten anziehen und neue Gebäude im Verhältnis dazu günstiger sind.

Umgekehrt verhält es sich bei den Neubaumieten. Sinken sie, fehlt es den Bauherren an entsprechenden Preissignalen, um zu investieren. Denn die Mieten beschreiben – wie Ökonomen sagen – die zu erwartenden Einnahmen. Wie auf jedem Markt steigt das Angebot nur dann, wenn hohe Gewinnchancen winken.

Der US-Ökonom und Nobelpreisträger James Tobin hat dies in eine Formel gefasst – genannt Tobins

Wohnen wieder teurer

Durchschnitt aus 127 Großstädten
1995 = 100



Ursprungsdaten: Marktforschungsgesellschaft Bulwiengesa

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwv33

Tobins Quotient

James Tobin hat in den 1960er Jahren eine Kennzahl entwickelt, mit der Investitionen, und damit auch Bauinvestitionen, bewertet werden können. Diese Kennzahl, Tobins Q genannt, setzt sich aus dem Produkt zweier Quotienten zusammen: dem Quotienten aus dem Marktwert geteilt durch die Wiederbeschaffungskosten eines Gebäudes (= Neubau) und dem Quotienten aus Neubaumiete geteilt durch Bestandsmiete. Ein Q kleiner als 1 heißt mithin, es lohnt sich nicht, neu zu bauen.

Wie ein Blick auf die Trends in 127 deutschen Großstädten zeigt, sind die Preise für Bestandsimmobilien in den zurückliegenden 15 Jahren um 13 Prozent gesunken, die Preise für Neubauimmobilien erreichen

heute dagegen fast wieder das Niveau des Jahres 1995 (Grafik). Der Q-Faktor ist also gesunken. Nach Tobins Theorie sind weniger Bauinvestitionen zu erwarten. Für Mieten lässt sich ebenfalls eine solche Rechnung aufmachen. So steigen die Bestandsmieten seit Jahren beständig. Sie liegen heute fast 10 Prozent höher als Mitte der 1990er Jahre. Gleichzeitig haben die Mieten für Neubauten nachgegeben. Auch dies geht mit einem sinkenden Q-Faktor einher. Es lohnt sich für einen Investor nicht, einen neuen Wohnblock hochzuziehen.

Untersucht man den Zusammenhang zwischen der Bautätigkeit und Tobins Q, so lassen sich 20 Prozent der Investitionsschwankungen seit 1995 durch Tobins Q erklären.

Quotient, kurz Tobins Q (Kasten). Mit dieser Formel kann überprüft werden, ob sich eine Investition in einen Neubau lohnt.

In den vergangenen 15 Jahren ist das in Deutschland grundsätzlich nicht der Fall gewesen. Das IW Köln und die Deutsche Bank Research wollten indes genauer wissen, wie es in einzelnen Regionen aussieht. Die Studie listet für die zehn bevölkerungsreichsten Städte und ihr Umland auf, wo ein Zusammenhang zwischen Mieten und Baupreisen auf der einen Seite sowie Investitionen auf der anderen Seite besteht – und wie stark die Bautätigkeit dadurch bestimmt wird (Grafik).

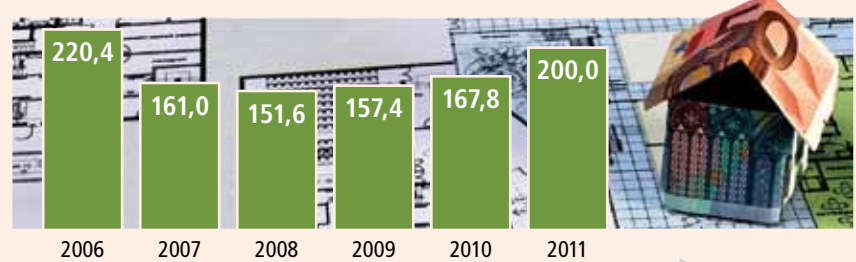
Die Untersuchung bestätigt auf den ersten Blick Tobins These: Dort, wo die Mieten für Neubauwohnungen und die Kaufpreise für Altbauten anziehen, wird eine Baugruube nach der anderen ausgehoben. Vor allem Frankfurt am Main, Hamburg und Düsseldorf sind Paradebeispiele dafür.

Ähnliches gilt für Berlin und sein Umland. In der Hauptstadt sind zudem die Mieten für ältere Wohnungen inzwischen niedriger als 1995 – und Neubauten erzielen höhere Mieten als Altbauten. Das macht Bauen besonders attraktiv. Zudem wächst die Berliner Bevölkerung – vor allem junge Menschen zieht es in die Partymetropole.

Andererseits bieten einige Städte ideale Voraussetzungen für Bauunternehmer, trotzdem stagniert der Eigenheim- und Mietwohnungsbau. Das ist immer dann der Fall, wenn bauwillige Investoren kein entsprechendes Angebot an attraktiven

Wohnungsbau zieht an

Erteilte Baugenehmigungen im Hochbau für Wohn- und Nichtwohngebäude in 1.000



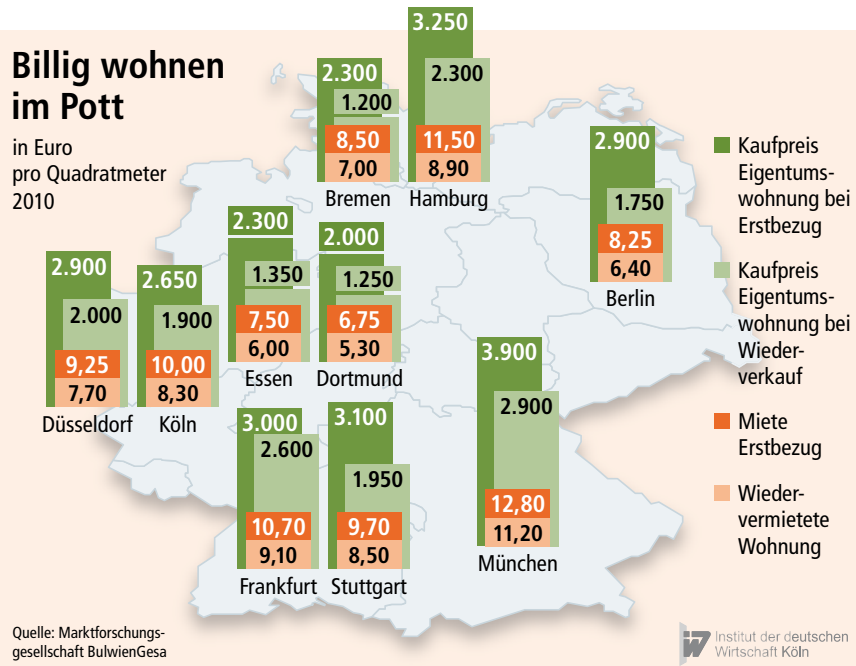
2011: IW-Schätzung; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - IWD 33

Billig wohnen im Pott

in Euro pro Quadratmeter 2010



Quelle: Marktforschungsgesellschaft BulwienGesa

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - IWD 33

Standorten finden – wie in Stuttgart aufgrund der Kessellage.

In München wächst der Wohnungsbestand ebenfalls weniger stark, als er es aufgrund der günstigen Umstände – z.B. hohe Mieten für Neubauwohnungen – eigentlich müsste.

Hier drücken zwei Faktoren auf die Stimmung der Bauwilligen: Zum einen sind die Bodenpreise in der bayerischen Landeshauptstadt sehr hoch, was die Renditen bei neuen Wohnungen schmälert. Zum anderen weisen die Münchner Stadtplaner nur sehr restriktiv neue Wohngebiete aus. Selbst im Umland von München wird weniger gebaut, als man eigentlich erwarten dürfte.

Generell sind die Aussichten für die Bauindustrie trotz der demogra-

fischen Entwicklung in der Bundesrepublik nicht unbedingt düster – das lässt sich auf jeden Fall für die Groß- und Universitätsstädte sagen. Vor allem dort, wo viele Menschen hinziehen und in der Vergangenheit zu wenig gebaut wurde, besteht Bedarf an neuem Wohnraum. Zu diesen Regionen gehören Berlin, aber auch die Großräume Hamburg und München.



aus IW-Trends
3/2011

Ralph Henger, Tobias Just, Michael Voigtländer: Tobins q und die Bautätigkeit im deutschen Immobiliensektor

www.iwkoeln.de/trends

Es geht aufwärts

Bildungsmonitor. Endlich gibt es einmal gute Nachrichten für das deutsche Bildungssystem: Kinder und Jugendliche werden besser gefördert, Schulabbrecherquoten sinken, die Studentenzahlen steigen. Das zeigt der Bildungsmonitor, eine bundesweite Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Deutschlands Zukunft steht und fällt mit der Bildung seiner Bürger. Denn das Wirtschaftswachstum wird hierzulande vor allem getragen von Technologiebranchen wie dem Maschinen- und Fahrzeugbau, in denen gut ausgebildete Menschen benötigt werden. Fachkräfte werden schon seit längerem händierend gesucht – doch es gibt Hoffnung auf qualifizierten Nachwuchs. Zwar darf die Politik auch künftig nicht die Hände in den Schoß legen, aber immerhin hat sich in den vergangenen zehn Jahren in Sachen Bildung einiges getan:

- **Förderinfrastruktur und Betreuungsbedingungen.** In allen Bundesländern ist der Anteil der Kinder, die eine Kindertagesstätte besucht haben, gestiegen – der erste Pluspunkt. Denn die Statistiken zeigen: Wer in den Kindergarten geht, hat später bessere Noten und mehr Chancen, auf die Uni zu kommen.

Auch an den Schulen gibt es Fortschritte: Der Anteil der Ganztagschüler an allen Grundschulern hat deutlich zugenommen (Grafik). Besonders stark ist die Quote in Berlin gestiegen – von 22 Prozent im Jahr 2002 auf 72 Prozent im Jahr 2009.

Der Bildungsmonitor 2011

Der Bildungsmonitor 2011 betrachtet 13 Handlungsfelder: Ausgabenpriorisierung (Pro-Kopf-Bildungsausgaben für verschiedene Schulformen und Hochschulen in Relation zu den übrigen Ausgaben des Landes), Inputeffizienz (Altersstruktur des Lehrpersonals und Sachmittelausstattung von Bildungsinstitutionen), Förderinfrastruktur, Betreuungsbedingungen, Internationalität, Zeiteffizienz, Bildungsarmut, Integration, Schulqualität, berufliche Bildung, akademische Bildung, MINT-Fächer und Forschungsorientierung. Insgesamt werden 111 Indikatoren ausgewertet. Im Durchschnitt aller 13 Handlungsfelder belegt wie im Vorjahr Sachsen den ersten Platz, gefolgt von Thüringen und Baden-Württemberg (Grafik Seite 7). Dahinter folgen Bayern und Rheinland-Pfalz. Die übrigen elf Bundesländer liegen eng beieinander. Gegenüber dem Bildungsmonitor 2010 haben sich Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Berlin, Rheinland-Pfalz, NRW und Hessen besonders stark verbessert.



Mehr Bildung für alle

	Grundschüler an Ganztagschulen in Prozent aller Grundschüler		Schulabgänger ohne Abschluss in Prozent aller Abgänger	
	2002	2009	2000	2009
Baden-Württemberg	0,5	13,0	8,0	5,4
Bayern	0,3	4,9	9,0	5,9
Berlin	22,4	72,4	12,3	8,5
Brandenburg	0,4	39,4	8,9	8,2
Bremen	0,3	20,9	8,9	5,8
Hamburg	1,9	18,2	12,4	7,8
Hessen	2,9	11,7	10,2	6,4
Mecklenburg-Vorpommern	1,1	4,3	10,9	12,1
Niedersachsen	0,9	8,1	10,1	6,5
Nordrhein-Westfalen	0,8	27,6	6,1	6,1
Rheinland-Pfalz	2,4	18,6	9,6	6,6
Saarland	2,7	24,1	10,5	5,3
Sachsen	58,5	70,3	12,0	8,6
Sachsen-Anhalt	0,9	3,6	12,3	10,4
Schleswig-Holstein	0,5	19,8	10,4	6,8
Thüringen	51,7	71,7	12,6	7,1

Ursprungsdaten: Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - IWD 33

Neben dem Angebot an Ganztagsgrundschulen hat sich zudem die Schüler-Lehrer-Relation verbessert – was es den Lehrern möglich macht, sich mehr um jeden einzelnen Schützling zu kümmern.

Kamen im Jahr 2000 noch in über der Hälfte der Bundesländer rechnerisch mehr als 20 Grundschüler auf jeden Lehrer, hat diese Schwelle 2009 kein Land mehr überschritten.

- **Bildungsarmut und Integration.** Die bessere individuelle Förderung zahlt sich bereits aus. So zeigen die PISA-Untersuchungen beispielsweise, dass der Anteil der Schüler mit erheblichen Schwächen im Textverständnis von rund 23 Prozent im Jahr 2000 auf knapp 19 Prozent im Jahr 2009 gesunken ist. Zudem gibt es relativ betrachtet immer weniger

Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen.

Im Jahr 2000 lag der Anteil der Schulabbrecher noch in zehn Bundesländern bei mehr als 10 Prozent. Mittlerweile liegen nur noch Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt über dieser Marke.

Besonders ausländische Schüler haben sich berappelt – die Abbruchquote ist bei ihnen von 20 Prozent auf 14 Prozent gesunken.

• **Berufliche Bildung und Akademisierung.** Im Jahr 2000 bestanden lediglich in Baden-Württemberg mehr als 90 Prozent der Auszubildenden ihre Abschlussprüfung. Zuletzt kam immerhin die Hälfte der Bundesländer auf diesen Wert. Ein weiterer Pluspunkt: Mittlerweile erreichen fast 18 Prozent eines Altersjahrgangs an beruflichen Schulen eine Studienberechtigung. Im Jahr 2000 waren es erst 11 Prozent. Damit dürfen heute rein rechnerisch über diesen Bildungsweg 56.100 Schüler mehr studieren als früher.

Und sie tun es auch: Im Jahr 2000 schafften bundesweit 17 Prozent eines Jahrgangs einen Hochschulabschluss – 2009 verließen 29 Prozent den Hörsaal mit Diplom oder Bachelor (Grafik). Das heißt, dass allein 2009 zusätzlich 122.000 Akademiker an einer Uni oder Fachhochschule ausgebildet worden waren.

Unterm Strich sind über die neun Jahre hinweg 428.000 Hochschulabsolventen dazugekommen.

Von diesen zusätzlichen Absolventen hatten 124.000 die auf dem Arbeitsmarkt begehrten Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik (MINT) studiert. Die MINTler sind besonders im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Chemischen Industrie gefragt – hier liegt ihr Anteil an den

Hochschulabschluss immer beliebter

Hochschulabsolventen in Prozent der Bevölkerung im entsprechenden Alter

	2000	2009		2000	2009
Bremen	23,5	54,9	Rheinland-Pfalz	18,0	27,9
Berlin	23,2	35,5	Thüringen	11,3	26,8
Baden-Württemberg	18,6	33,9	Bayern	16,0	25,9
Hamburg	23,1	31,6	Sachsen-Anhalt	10,5	25,6
Hessen	18,0	30,8	Brandenburg	7,2	21,3
Nordrhein-Westfalen	17,8	30,5	Saarland	16,2	20,1
Sachsen	16,2	28,8	Mecklenburg-Vorpommern	11,8	19,7
Niedersachsen	15,6	28,5	Schleswig-Holstein	13,2	19,5

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwvd 33

Bildungsmonitor 2011: Das Ranking

Der IW-Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der einzelnen Bundesländer anhand von mehr als 100 Einzelindikatoren. Die Punkteskala orientiert sich an den Werten aus dem Jahr 2004, als der Bildungsmonitor das erste Mal erstellt wurde. Damals erhielt das jeweils schlechteste Bundesland bei einem Indikator 0 Punkte, das beste 100 Punkte. Die Werte für 2011 wurden anhand der aktuellen Entwicklung fortgeschrieben.

So viele Punkte erreichten die Bundesländer 2011

		Veränderung gegenüber 2010
Sachsen	83,6	2,7
Thüringen	80,7	4,1
Baden-Württemberg	77,6	1,4
Bayern	70,8	-0,1
Rheinland-Pfalz	70,0	3,2
Bremen	69,8	2,2
Hessen	69,0	3,0
Niedersachsen	68,5	1,3
Sachsen-Anhalt	68,3	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	68,2	5,4
Saarland	67,1	0,4
Nordrhein-Westfalen	66,3	3,1
Brandenburg	66,2	2,7
Hamburg	65,2	-0,2
Schleswig-Holstein	64,4	0,3
Berlin	62,7	3,7

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwvd 33

beschäftigten Akademikern zwischen 70 und 80 Prozent.

Mathematiker, Ingenieure und Co. haben nicht nur exzellente Berufsperspektiven. Sie schaffen es auch überdurchschnittlich oft, sich „hochzulernen“. So kommen 74 Prozent der Ingenieure und 69 Prozent der übrigen MINTler aus Nichtakademikerfamilien (vgl. iwvd 14/2011).

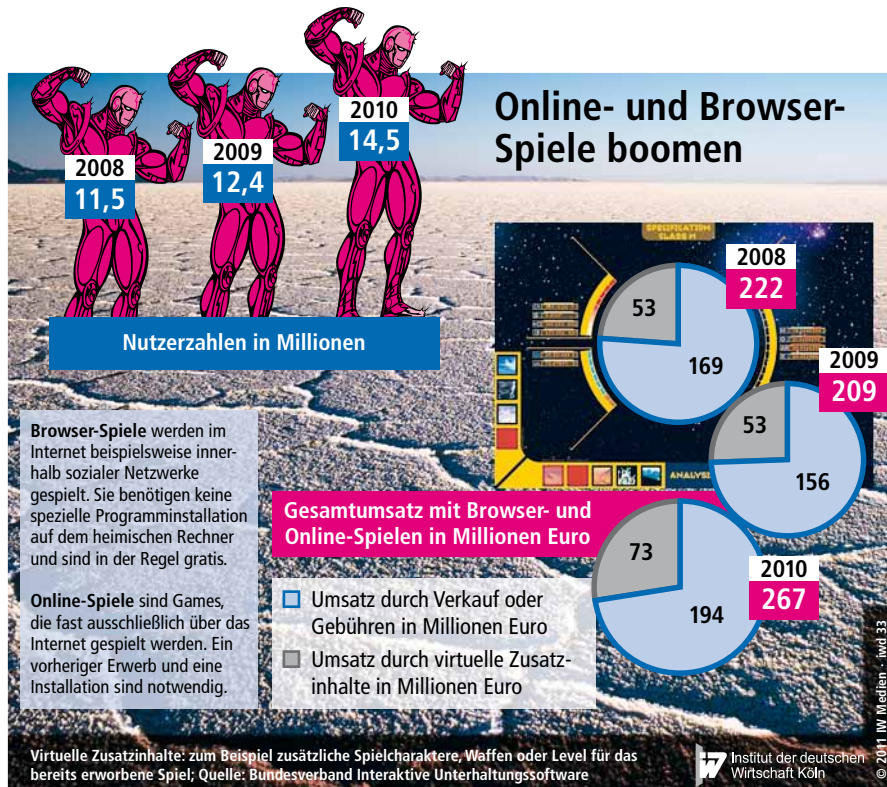
Die höheren Hochschulabsolventenzahlen machen sich last but not least auch beim Wirtschaftswachstum positiv bemerkbar – laut Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln ist im Jahr 2009 die Wertschöpfung in Deutschland allein durch die zusätzlichen Hochschulabsolventen um 6,8 Milliarden Euro gestiegen.

Per Klick zum Spiel

Neue Medien. Immer mehr digitale Spiele werden im Internet gekauft. Zudem kommt fast kein Spiel mehr ohne Verbindung ins World Wide Web aus.

Bereits 30 Prozent aller Haushalte in Deutschland hatten im Jahr 2010 Zugriff auf schnelle Internetleitungen mit mehr als 10 Megabit Übertragungsleistung pro Sekunde. Der Anteil lag damit immerhin um 5 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahres. Dieser Trend setzt sich 2011 fort und wirkt sich immer stärker auf den Markt mit digitalen Spielen aus. Kaum ein Game kann heute nicht auch über das Internet gespielt werden, die Kontrahenten sitzen dann beispielsweise in Rom und New York. Außerdem kaufen immer mehr Menschen ihre Spiele im Internet und nicht mehr im heimischen Elektronikmarkt:

Weltweit erwirtschaftete die Spielebranche laut Investmentbank Wedbush Securities im vergangenen



Jahr mehr als ein Drittel ihres Umsatzes durch den Vertrieb im Netz.

Einige Unternehmen wie der Spielehersteller Electronic Arts glauben, dass der Spieleumsatz online schon 2012 höher sein wird als der mit physischen Datenträgern. Der Vertrieb via Web bringt sowohl Entwicklern als auch Konsumenten Vorteile: Die Hersteller erzielen höhere Gewinne, da sie den Einzelhandel als Zwischenhändler umgehen können; der Konsument profitiert von einfacheren Kaufmöglichkeiten.

Neben internetfähigen Spielkonsolen sind es insbesondere sogenannte Online- und Browser-Games, die den Markt erobern. Das ist für deutsche Spielehersteller erfreulich, haben sie sich doch auf dem Markt gut positioniert und exportieren ihre In-

ternetspiele mittlerweile in mehr als 50 Länder. Aber auch in Deutschland tut sich einiges (Grafik):

Die Zahl der Spieler von Online- und Browser-Games stieg 2010 gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent auf 14,5 Millionen. Der Umsatz wuchs sogar um fast 28 Prozent auf 267 Millionen Euro.

Für das laufende Jahr prognostiziert die Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers einen Umsatz mit Online-Titeln in Höhe von 300 Millionen Euro. Das starke Wachstum hat sicherlich auch damit zu tun, dass die Fangemeinde der Online- und Browser-Games anders aussieht, als man vielleicht vermutet: 51 Prozent der Spieler sind weiblich und das Durchschnittsalter liegt bei 35 Jahren.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.